# Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 18 - 2012

*Trotz 36 Jahren Erwerbsarbeit und Riester* **Seite 3**

*Wir wollen einen sorgenfreien Lebensabend* **Seite 6**

*Laut und gar nicht still* **Seite 15**


# Krise und Kampf in Europa

# Liebe Leserin, lieber Leser,

**Editorial**

*Nun sind wir mit unserer 18. Ausgabe da. Wir widmen uns in dieser Ausgabe der vorhandenen und kommenden Altersarmut. In verschiedenen Beiträgen werden die Folgen der Altersarmut beschrieben. Sie umfassen immer breitere Teile der Bevölkerung und es ist kein Randphänomen mehr. In einem der reichsten Länder der Welt, in Deutschland, müssen ältere Menschen trotz 40 und mehr Jahren Erwerbstätigkeit mit sozialer Not im Alter rechnen.*

*Ein anderer Schwerpunkt dieser Ausgabe sind die Arbeiterkämpfe in den von Krisen gebeutelten südeuropäischen Länder. Seit Langem kämpfen die Lohnabhängigen in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien, dass nur sie für die Folgen zahlen müssen. Wir versuchen von diesen Kämpfen zu berichten.*

*Ausserdem haben wir andere interessante Artikel und Beiträge.*

*Wir wünschen Euch ein freudvolles Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.*

## *In eigener Sache*

*Alle Ausgaben unserer Zeitung „Wir" sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar:*
**www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir**
*Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe.*

**Inhalt**


***Trotz 36 Jahren Erwerbsarbeit und Riester nur 574,74 Euro Rente ..... 3***

***Die doppelte Spaltung..... 5***

***Wir wollen einen sorgenfreien Lebensabend ..... 6***

***Solidarische Ökonomie – eine Alternative zum herrschenden Wirtschaften ..... 8***

***Euro-Krise vor Ort in Griechenland..... 9***

***Währende oder während der Eurokrise/Eurolandkrise ..... 11***

***Wer oder was sind die Iaioflautas? ..... 12***

***Europa am Scheideweg ..... 14***

***Laut und gar nicht still ..... 15***

***Der 1. Oktober?..... 17***

***… noch immer und schon wieder über das Asylbewerberleistungsgesetz ..... 18***

***Wir erinnern an Karl Wastl – aktiver Gewerkschafter und Antifaschist ..... 19***

***Leserbriefe ..... 22***

***Die Alten und die Jungen ..... 24***

# Trotz 36 Jahren Erwerbsarbeit und Riester nur 574,74 Euro Rente

***Interview mit Heike Hey***

***Heike, wo bist du geboren und aufgewachsen?***

Meine Mutter ist Anfang der 50er Jahre als Arbeitsimmigrantin nach Schweden gegangen und hat dort versucht Fuß zu fassen, mit drei deutschen Freundinnen zusammen, die haben dort in einer Großküche gearbeitet. Dann hat sie meinen Vater, einen Schweden, kennengelernt und dann bin ich zur Welt gekommen. Ich habe die Namen der drei Freundinnen aus Deutschland bekommen: Heike, Ingeborg und Christiane. Man kennt das ja auch bei anderen Arbeitsimmigranten, dass das erstgeborene Kind aufgrund der Verantwortung gegenüber alten Menschen oder weil man dort, wo man arbeitet noch nicht Fuß gefasst hat, zu den Großeltern zurückgeht. So bin ich mit drei Jahren zu meinen Großeltern in Bremen-Nord gekommen und bin dann hier aufgewachsen. Mein Großvater war Buchdrucker und gehörte selbstverständlich der Gewerkschaft an. Die Buchdrucker waren damals eine sehr fortschrittliche Arbeiterschaft. Meine Großmutter war Hausfrau, obwohl sie gerne gearbeitet hätte.

***Welche Schulen hast du besucht?***

Ich bin vier Jahre zur Volksschule gegangen und bin dann aufs Gymnasium gekommen. Die Schuldirektorin sagte aber, die Arbeiterkinder haben auf dem Gymnasium nichts zu suchen. Sie meinte, wir hätten nicht die Voraussetzungen. Ich musste zu Realschule wechseln. Nach meinem Abschluss habe ich eine Berufsausbildung als Erzieherin gemacht.

***Was hast du gearbeitet?***

Nach vier Jahren Berufsausbildung habe ich in Kindergärten und Heimen gearbeitet und später mit Menschen mit Behinderung auch in Heimsituation, immer Arbeit in drei Schichten. Ich habe für eine Frau eigentlich auch gut verdient. In diesem Bereich habe ich zehn Jahre gearbeitet.

Irgendwann wollte ich aus verschiedenen Gründen gar keine pädagogische Arbeit mehr machen: Zum Beispiel habe ich in einer Einrichtung für obdachlose Männer gearbeitet. Diese wohnungslosen Männer waren in erster Linie alkoholkrank. Sie sollten ins bürgerliche Leben zurückgeführt werden. Aber genau an diesem bürgerlichen Leben sind sie gescheitert. Das ist das gewesen, was sie nicht ausgehalten haben und dahin sollten sie zurückgebracht werden. Es gab eine Rückfallquote, die immens hoch war, weil die gesellschaftlichen Bedingungen, die sie krank gemacht hatten sich überhaupt nicht geändert haben. Daraufhin habe ich den Beschluss gefasst: Da mache ich nicht mehr mit.

***Du warst arbeitslos?***

Nein, ich habe eine Ausbildung als Berufskraftfahrerin gemacht. Bin dann LKW gefahren. Das Schöne war, jeden Abend konnte ich sehen, was ich gemacht habe: erstens auf dem Tacho und zweitens war meine Ladefläche leer. Für diese Zeit war das eine richtige Entscheidung. Aber ich konnte nicht lange als Kraftfahrerin arbeiten, weil ich Rückenprobleme bekam. Ehrlich gesagt: Ich war auch keine gute Fahrerin. Trotzdem habe ich sehr viel Zuspruch von den Kollegen gekriegt. Ich war die einzige Frau und für die Kollegen im Hafen war völlig klar, ich kann nicht anpacken, wenn es um schwere Sachen geht. Aber was ich immer anschleppen konnte, war eine Kiste Bier und dafür haben die Kollegen meine Ladefläche leer geräumt.

***Was hast du danach gemacht?***

Über das Arbeitsamt kam ich an ABM-Stellen und arbeitete wieder mit Menschen mit Behinderung. Die Stellen waren immer befristet und ich verdiente nicht viel. Ich arbeitete in eine Schule mit geistig behinderten Kindern als Assitentin und später in Wohnheimen. Was ich beobachtete, war die ständige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Irgendwann habe ich gesagt: „Ich will das nicht mehr und ich kann das nicht mehr." Ich habe dann wieder im Kindergarten angefangen und mehrere Jahre dort gearbeitet. Irgendwann habe ich festgestellt, dass ich für den Kindergarten zu alt war. Man sagt, die Kinder werden schwieriger, aber das stimmt nicht. Nicht die Kinder werden schwieriger, sondern die Verhältnisse, in denen sie leben und darauf reagieren die Kinder. Ich wollte keine falsche Entscheidung treffen und habe beschlossen zu studieren.

***Was hast du studiert?***

Ich habe mir einen Lebenswunsch erfüllt und habe meine Hochschulreife nachgeholt. Und dann habe ich Erziehungswissenschaften hier an der Uni studiert. Ich wollte in die Erwachsenen-Bildung und das habe ich dann auch gemacht. Ich habe sowohl als freie Dozentin bei der VHS und bei Arbeit und Leben als auch als Koordinatorin für ein Frauenprojekt gearbeitet. Später habe ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Linksfraktion hier in der Bürgerschaft gearbeitet.

***Deine Stelle ist aber vor einem Jahr abgelaufen?***

Ja. Ich bin zur Agentur für Arbeit gegangen und habe dort den Kollegen gesagt: „Seien Sie doch mal ehrlich, ich kriege doch keinen festen Job mehr: Erstens bin ich weiblich, zweitens bin ich 56 Jahre alt und ich bin Sozialistin." Er sagte: „Bei der Gewerkschaft vielleicht?" Ich habe geantwortet: „Die bauen doch Stellen ab!"

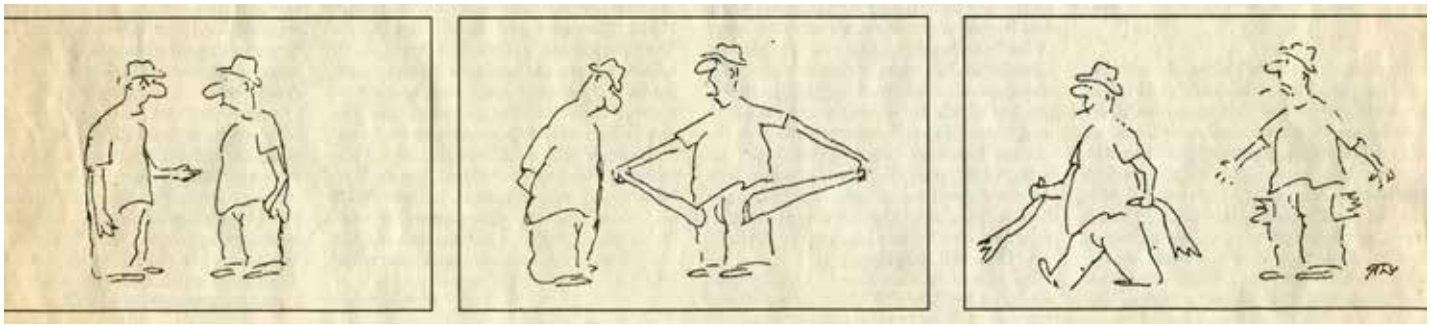
***Wie lange warst du erwerbstätig und wie viel würdest du bekommen, wenn du in Rente gingest?***

Ich habe 36 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt. Zur Zeit habe ich einen 600-Euro-Job. Dadurch bin ich versichert und werde meine Beitragsjahre vollkriegen. Ich habe auch „geriestert" und werde, wenn ich in die Rente gehe, 574,74 Euro bekommen. Das ist kein Geld, von dem man leben kann. Ich habe sehr viel ehrenamtliche Arbeit im politischen Bereich gemacht. Um Frau von der Leyen zu zitieren, war ich sehr fleißig.

***Wie ist deine jetzige Lebenssituation?***

Ich bin verheiratet und lebe in einer Bedarfsgemeinschaft. Und wieder habe ich die Situation: Es geht nicht um meine Lebensleistung, sondern um die Lebensleistung, die wir als Bedarfsgemeinschaft haben. Ich bin dadurch völlig abhängig von meinem Mann, obwohl ich mein Leben lang gearbeitet habe.

*Interview: Orhan Çalışır*



# Die doppelte Spaltung

Seit der Jahrtausendwende hat die Bundesregierung vier Armuts- und Reichtumsberichte vorgelegt. In dem jüngsten Dokument schlägt sich trotz aller üblichen Beschönigungs- und Beschwichtigungsversuche deutlicher als in den vorangegangenen Deutschlands doppelte Spaltung nieder: Einerseits wachsen Armut und Reichtum gleichermaßen, sind also zwei Seiten derselben Medaille. Dies zeigt sich übrigens besonders deutlich beim Vermögen, das Arme gar nicht haben, weil es sich zunehmend bei wenigen Superreichen konzentriert, die über riesiges Kapitaleigentum verfügen und meistens auch große Erbschaften machen. Bertolt Brecht hat es in einem Vierzeiler unnachahmlich prägnant ausgedrückt: „Armer Mann und reicher Mann / standen da und sah'n sich an. / Und der Arme sagte bleich: / Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich." Deshalb kann Armut im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung auch nicht durch zunehmenden Reichtum beseitigt werden. Anders formuliert: Reichtumsförderung, wie sie die Bundesregierung trotz wechselnder Koalitionen seit Jahrzehnten betreibt, ist eben keine Armutsbekämpfung.

Andererseits geht der wachsende private Reichtum zwangsläufig mit einer öffentlichen Verarmung einher. Geld ist genug da, es befindet sich aber in den falschen Taschen, was den Staat auf Dauer handlungsunfähig macht, obwohl er die Aufgabe hat, soziale Probleme zu lösen oder wenigstens zu lindern. Während sich Banker, Broker und Börsianer die Taschen gefüllt haben, musste der Staat im Gefolge der Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise bluten, Volkseigentum verscherbeln und mehr Schulden machen, um Rettungspakete für Gläubigerbanken, Kapitalanleger und Großaktionäre schnüren zu können. In dieser Situation bedeuten im Grundgesetz, in den Landesverfassungen und im europäischen Fiskalvertrag festgeschriebene „Schuldenbremsen", dass der Sozialstaat, wie man ihn bisher kannte, zu Grabe getragen wird.

Nach den gesellschaftlichen Ursachen der nicht mehr zu leugnenden Spreizung von Einkommen und Vermögen wird in keinem der bisherigen Armuts- und Reichtumsberichte gefragt. Allenfalls geraten Auslöser individueller Notlagen, etwa Arbeitslosigkeit, Trennung bzw. Scheidung vom (Ehe-)Partner oder (Früh-)Invalidität, ins Blickfeld der Berichterstatter. Umso wichtiger wäre es, strukturelle Hintergründe zu beleuchten, um persönlichen Schuldzuweisungen keinen Vorschub zu leisten sowie der Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gerecht werden zu können.

***Christoph Butterwegge***

Wenn der Sozialabbau und die Regierungspolitik nach dem Matthäus-Prinzip (im Evangelium des Matthäus heißt es sinngemäß: „Wer hat, dem wird gegeben, und wer wenig hat, dem wird auch das Wenige noch genommen") jedoch fortgesetzt werden, dürften die Städte der Bundesrepublik noch mehr zerfallen: in Luxusquartiere, wo sich die (Super-)Reichen hinter hohen Mauern verschanzen und von privaten Sicherheitsdiensten bewachen lassen, einerseits sowie in Elendsquartiere, wo sich die Armen zusammenballen, andererseits. Was der 4. Armuts- und Reichtumsbericht verschweigt: Das hier skizzierte Szenario hat die Bundesregierung selbst heraufbeschworen, wie auch diesmal nur berichtet wird, aber Konsequenzen im Sinne einer Kurskorrektur etwa auf steuerpolitischem Gebiet ausbleiben. Was steht dazu in der Bibel? „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!" Wohlgemerkt: nicht an ihren schönen Berichten und politischen Erfolgsgeschichten …

*Armut im Alter: Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung (Broschiert)*
*Christoph Butterwegge*
*Gerd Bosbach,*
*Matthias W. Birkwald*
*(Herausgeber)*

# Wir wollen einen sorgenfreien Lebensabend

***Für uns und für alle, die noch in Rente gehen***

2001 hat der Deutsche Bundestag mit einer Rentenreform die gesetzliche Rente gekürzt und eine zusätzliche, privat finanzierte Altersversorgung eingeführt. Bekann ist diese als „Riester-Rente".

2004 beschloss der Bundestag eine weitere Absenkung der gesetzlichen Rente. Diese wird durch den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor ermöglicht.

Was kaum jemand weiß: Gleichzeitig bekundeten die Abgeordneten ihre Altersversorgung im Lichte der Rentenreform überprüfen und anpassen zu wollen. Dies ist bis heute nicht geschehen.

Wir schließen uns deshalb der Forderung für ein Gesetz zu Einlösung eines Versprechens des Deutschen Bundestags (Versprechungs-Einlösungsgesetz) an.

Da die Mitglieder des Bundestags die eigene Versorgung nicht entsprechend der gesetzlichen Rentenversicherung reformieren wollen, wird die gesetzliche Rentenversicherung an die Altersversorgung der Abgeordneten angepasst.

Dann haben bei künftigen Abstimmungen über die Altersversorgung, die Abgeordneten, die gleiche Betroffenheit, wie das Wahlvolk.

***Die Rentenkassen werden und wurden durch Fremdleistungen geplündert!***

Überall hören wir:

Die Rentner bekommen zu hohe Renten. Der Bund muss jährlich hohe Zuschüsse zur Rente geben. Dass der Staat die Rentenkassen seit der Gründung im Jahr 1911 mit versicherungsfremden Leistungen plündert, die weit über diese Zuschüsse hinausgehen, findet in der Öffentlichkeit keinen Widerhall.

Wir zählen hier 11 Punkte auf, die vom Verband der Versicherungsträger genannt werden:

1. Zwangsweise Enteignung des Versichertenvermögens und der Rücklagen der Rentenversicherungsträger im 1. und 2. Weltkrieg zugunsten der Kriegskassen.

2. Endgültige Enteignung der Rentenversicherungsträger zugunsten der Staatskasse 1955. Die Begründung: Das Grundgesetz (Art. 120) garantiert den Versicherungsträgern die Leistungsfähigkeit ggf. durch Bundeszuschüsse.

3. Kriegsfolgekosten: Renten für Kriegsteilnehmer, Kriegerwitwen, Heimatvertriebene, Aussiedler und seit 1992 Transferleistungen in die neuen Bundesländer.

4. Ab 1952 Abschöpfung der Überschüsse der Versicherungskassen durch den Staat: Von 1957 bis 2002 wurden rund 600 Milliarden Euro Überschüsse aus den Kassen genommen und nicht durch Bundeszuschüsse erstattet.

5. Ab 1975 haftet die Angestelltenversicherung für die Defizite der Arbeiterrentenversicherung (bis 2002: 195 Mrd. Euro).

6. 1990: Überführung der Rentenversicherung der DDR einschl. Zusatz- und Sonderversorgungssysteme in die gesetzliche Rentenversicherung. Diese zahlt somit Renten für alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes der ehemaligen DDR.

7. Deutsch–Polnisches Sonderabkommen zur Sozialversicherung (1975 – 1990): Rentenrechtliche Gleichbehandlung von Polen, die ihren Wohnsitz in die BRD melden.

8. Entschädigung für Opfer des NS–Systems im Beitragsgebiet (22.04.1992)

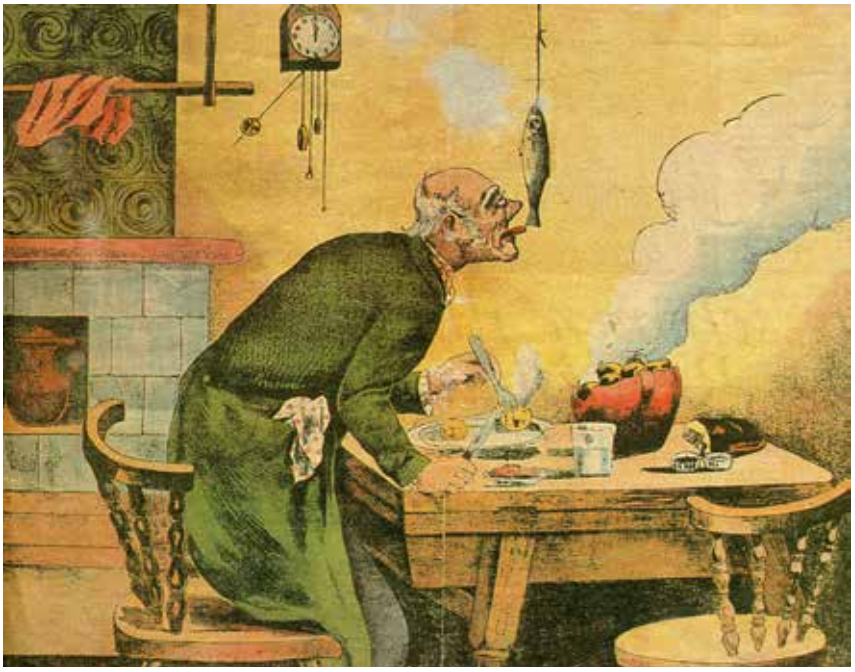
9. Zweites SED–Unrechtsbereinigungsgesetz 1994

10. Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligung für Opfer politischer Verfolgung im Beitragsgebiet (01.01.1997)

11. Neuregelung für Rentenzahlungen aus einer Beschäftigung in einem Ghetto während des Krieges (20.06.2002)

Die große Ungerechtigkeit aber liegt in

*„Der passende Altersrentner". Neuruppiner Bilderbogen von 1894*



der Tatsache, dass all diese Leistungen nur von den Beitragszahlern der Rentenversicherung getragen werden und nicht solidarisch über das allgemeine Steueraufkommen durch die gesamte Gesellschaft.

Hier ein Zitat aus dem Buch „Die geplünderte Republik“ von Thomas Wieczorek: Wer allerdings daraus schließt, die staatlichen Vorsorgeinstitutionen seien die Guten, erlebt eine Überraschung. Ausgerechnet die Deutsche Rentenkasse legte bei Lehman Brothers mindestens 44,5 Millionen Euro an. Wie viel davon verloren ist, werden Politik und Gericht zu klären haben.

***Die realen Renten sinken – somit auch die Kaufkraft der Rentner und Rentnerinnen:***

Die Gründe liegen in drei Nullrunden – 2004, 2005, 2006 – und Mini-Erhöhungen, die von der Inflation mehr als aufgefressen wurden, sowie in zusätzlichen Kürzungen, wie voller Pflegeversicherungsbeitrag 2004, Sonderbeitrag zur Krankenkasse 2005, Erhöhung der Krankenkasse 2007 und Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrages 2008.

Die Aufschwungjahre 2004 bis 2007 bedeuten für die Rentner einen Abschwung ihrer realen Bezüge von insgesamt 8,3 % - ihnen fehlt pro Jahr eine glatte Monatsrente!

***Krise der Rente!? – Krise der Politik!***

Die verteilungspolitische Schieflage ist nicht nur auf unzureichende Lohnabschlüsse der Gewerkschaften in den vergangenen Jahren zurückzuführen. Sie ist auch die Folge zunehmend prekärer Beschäftigungsverhältnisse, nicht zuletzt als Folge der Arbeitsmarktreformen Hartz I – IV. Danach wurde geringfügige Beschäftigung und der Niedriglohnsektor insgesamt massiv ausgedehnt und sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze wurden stark abgebaut. Das hat die Sozialkassen ausgetrocknet, die Finanzierungsproblematik der Rentenkassen auf die Spitze getrieben.

***Unsere Forderungen zu einer sicheren Rente:***

1. Die jährliche Preissteigerungsrate muss in doppelter Höhe den Renten zugeschlagen werden. Wenn dies nicht geschieht, bedeutet das für den einzelnen Rentner einen Verlust bei seiner Rente (Altersarmut). Ein langjähriger Verlust bei den Renten bedeutet jedoch die Auflösung des Rentensystems.

2. Um Armut zu vermeiden und eine menschenwürdige Versorgung anzuschieben, wird sofort eine Grundrente in Höhe von 930 € monatlich eingeführt. Die Höhe dieser Grundrente haben wir dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung entnommen. Sie schreibt dort: „Dies ist die Armutsgrenze“.

3. Damit die Rentenkassen nicht ausbluten und kaputt gemacht werden, zahlen alle Erwerbstätigen, nicht nur Arbeitnehmer, in die vorhandenen Kassen ein. Politiker bilden dabei keine Ausnahme, auch Bankvorstände die aus der Schweiz stammen, zahlen ein wie es in der Schweiz üblich ist.

4. Der Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung wird an der Produktivität der Wirtschaft gemessen und an die Rentenkassen abgeführt.

5. Das Regelalter für die Altersrente wird wieder auf 65 Jahre festgeschrieben.

***Artikel 20 Grundgesetz***

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus …

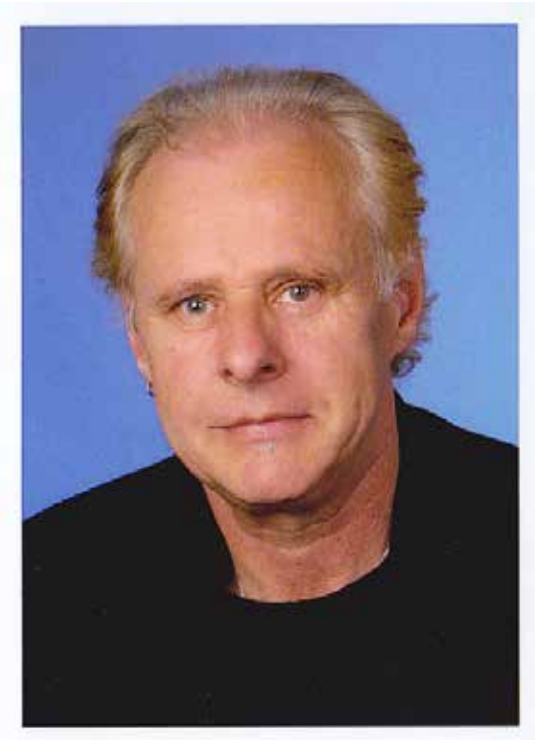
Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

*Fritz Bettelhäuser*

*Quellenangabe: Institut für sozial – ökologische Wirtschaftsforschung*
*ver.di Bildung + Beratung*
*Armut im Überfluss*
*von D. Beck + H. Meine*
*Die geplünderte Republik*
*von T. Wieczorek*
*Statistische Bundesamt*
*DRV–Schriften: Deutsche Rentenversicherung*
*Verband der Versicherungsträger (VDR)*
*Seniorenzeitung „Reife Zeit“*

# Solidarische Ökonomie – eine Alternative zum herrschenden Wirtschaften



***Reinhard Dietrich***

Durch das von der UNO ausgerufene „Internationale Jahr der Genossenschaften 2012“ sind Modelle „Solidarischer Ökonomie“ verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt worden. So werden nach Angaben des Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes weltweit 100 Millionen Arbeitsplätze von Genossenschaften bereitgestellt.

Das sind 20 Prozent mehr als in multinationalen Großunternehmen beschäftigt sind. In Frankreich beschäftigen 21.000 Genossenschaften rund 700.000 Menschen. In Schweden hatten 2004 die Konsumgenossenschaften einen Marktanteil von 17,5 Prozent, um nur einige Beispiele zu nennen (mehr dazu auf www.genossenschaften.de). Als gelungenes Beispiel einer Produktivgenossenschaft ist die Kooperative Mondragon im Baskenland zu nennen. Weltweit sind in der Kooperative über 83 Tausend ArbeitnehmerInnen beschäftigt, davon sind 82 Prozent Genossenschaftsmitglieder, die somit über ihren Betrieb mitentscheiden. 2011 hat die Kooperative einen Umsatz von fast 14 Mrd. Euro gemacht (siehe www.mondragon-corporation.com).

Auch in Bremen hat es viele Veranstaltungen und Aktivitäten zum Jahr der Genossenschaften gegeben. Aber es muss auch festgestellt werden, dass in der Bundesrepublik, aber auch in Bremen zumindest in der offiziellen Politik, aber auch in der gewerkschaftspolitischen Diskussion, das Thema „Solidarische Ökonomie“ eher ein Randthema ist. Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat uns aber vor Augen geführt, dass z.B. genossenschaftlich organisierte Banken und Sparkassen - im Vergleich zu den privaten Banken - gut durch die Krise gekommen sind und keine staatliche Unterstützung bekommen haben.

Deshalb sollten wir uns als Gewerkschaften an dieser Diskussion um eine „Solidarische Ökonomie“ beteiligen und sie auch innergewerkschaftlich führen. Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, aber auch die neoliberale Politik der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass es dringend geboten ist über Alternativen zu diskutieren.

Um die Position des DGB zu verdeutlichen, möchte ich den DGB Vorsitzenden Michael Sommer zitieren: „Das gemeinsame Ziel der Demokratisierung von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft bietet Gewerkschaften und Genossenschaften auch heute wieder die Chance, als Bündnispartner für gute Arbeit, gutes Leben, Solidarität und ein Mehr an demokratischer Teilhabe, Mitbestimmung und Beteiligung der Menschen gemeinsam einzutreten.“ (Gegenblende Ausgabe 16, Juli/August 2012). Daraus ergibt sich für mich die Konsequenz, dass der DGB und seine Gewerkschaften darauf hinweisen müssen, dass Modelle einer „Solidarischer Ökonomie“ eine Alternative zur herrschenden Form des Wirtschaftens sein können.

Die sogenannten „Schleckerfrauen“ setzen das zurzeit um. So wollen aktuell 40 Kolleginnen in Stuttgart drei Filialen genossenschaftlich weiterführen. Die zuständige Gewerkschaft ver.di unterstützt sie dabei. Auch der „Runde Tisch Hausangestellte“ in Bremen, an dem GewerkschafterInnen beteiligt sind, diskutiert die Möglichkeit der Gründung einer Genossenschaft. Aber wir sind erst am Anfang der Diskussion.

Was ist zu tun? Zwar haben die vielfältigen Aktivitäten zum Jahr der Genossenschaften, diese andere Form des Wirtschaftens mehr in die Öffentlichkeit gerückt. Aber in der klassischen Wirtschafts- und Arbeitspolitik spielt sie keine Rolle. Das muss sich ändern. Akteure der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik müssen diese Möglichkeiten auch in ihrem Angebot haben und um es mit Sven Giegold zu sagen: Statt Ich-AGs, Wir-eGs fördern.

# Euro-Krise vor Ort in Griechenland

***Artikel aus: Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter-Magazin des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen 3/2012 (01.10.2012)***

Kiri M., Erzieher in Bremen, ist gerade aus seiner Heimat Griechenland zurückgekehrt und berichtet:

„Es ist dramatisch, wie sich die Lebensverhältnisse in Griechenland verschlechtert haben. Auf Grund von Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen haben die meisten kaum genug zum Leben. Steuern und Abgaben müssen bezahlt werden, aber die Leute wissen nicht wovon. Schlimm ist es, wenn man krank wird. Medikamente und Ärzte müssen jetzt oft aus eigener Tasche im Voraus bezahlt werden, weil die Krankenkassen nicht mehr genug Geld haben.

Die Stimmung ist im Keller, und viele verstehen nicht, was los ist in den deutschen Medien beim Thema Griechenland. Trotzdem freuen sich meine Landsleute über jeden Touristen, denn jeder hilft beim wirtschaftlichen Überleben. Die meisten wollen den Euro behalten - eine echte Alternative sehen sie nicht. Aber die Leute brauchen Luft zum Atmen. Die einfachen Leute müssen jetzt etwas ausbaden, was sie selbst gar nicht verursacht haben!“

Der Bericht zeigt: Die Leidtragenden dieser Finanz- und Spekulationskrise sind in Griechenland die Beschäftigten und ihre Familien, während die Reichen ihre Vermögen im Ausland in Sicherheit bringen. Die Beschäftigten brauchen unser Verständnis und unsere Solidarität!

*Hajo Kuckero*

## *Sparpakete in Griechenland:*

***Sparpakete haben Beschäftigte, Erwerbslose, Kinder und RentnerInnen in mehreren Schritten getroffen:***

- Anhebung Mehrwertsteuer von 19 auf 23 Prozent – trifft alle
- Erhöhung der Steuern auf Tabak, Spirituosen und Kraftstoff
- Steuern: Die Vermögensteuer wird angehoben, zudem wird eine „Solidaritätssteuer“ eingeführt, Steuerbefreiungen sollen wegfallen.
- Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67.
- Gesundheitssystem: 2011 sollen 310 Millionen Euro und weitere 1,43 Milliarden bis 2015 gekürzt werden – etwa durch Absenkung staatlich festgesetzter Preise für Medikamente.
- Sozialleistungen: Die Vermögen von Leistungsbeziehern sollen überprüft und eine Reihe von Leistungen gekürzt werden.
- Absenkung des Mindestlohns auf 586 Euro, bei unter 25-Jährigen auf 525 Euro
- Kürzung des Arbeitslosengeld auf 322 Euro – für 6 Monate. Dann nichts mehr.
- Kürzung der Renten zunächst um 10 bis 15 Prozent, ab 2013 weitere Kürzungen ...

- Erhöhung der Selbstbeteiligung bei Medikamenten - Wegfall von Zuschüssen für Medikamente
- Kürzung der Medikamentenkosten staatlicher Kliniken

***Kürzungen im Öffentlichen Dienst bedeuten auch Leistungseinschränkungen für ALLE***

- Einfrieren der Beamtengehälter über 2000 Euro, Kürzung für bestimmte Berufsgruppen im öffentlichen Dienst ab 2012 um 20 Prozent, Streichung des 13. und 14. Monatsgehalts sowie Einstellungsstopp
- Sofortige Entlassung von 15.000 Staatsangestellten, bis 2015 Reduzierung der öffentlich Beschäftigten um 150.000, die verbleibenden Beamten müssen länger arbeiten
- Reduzierung der Verwaltungsebenen von fünf auf drei, Reduzierung der Stadtverwaltungen von derzeit über 1000 auf 370
- Kürzung der Zuschüsse für Städte und Gemeinden
- Privatisierung von Staatsbetrieben
- Schließung von 200 kleinen, ineffizienten Steuerämtern und Einstellung 1000 neuer Steuerkontrolleure

***RentnerInnen-Protest 5.9.2012 vor dem Ministerium***

In Griechenland gibt es keine Medikamente mehr auf Krankenschein. Wer Arzneien benötigt, muss erstmal selbst zahlen. Ob die Krankenkassen das Geld nachträglich erstatten können, ist aber unklar. Nun entlud sich die Wut der griechischen Rentner: Sie stürmten das Büro des zuständigen Ministers. (Thomas Bormann, ARD-Hörfunkstudio Istanbul)

In Griechenland haben die Rentner gegen die Sparmaßnahmen der Regierung demonstriert. In der Hauptstadt Athen gingen hunderte Senioren und Seniorinnen auf die Straße, um zu zeigen, dass sie mit ihren gekürzten Renten nicht überleben können. Vor dem Gesundheitsministerium forderten sie eine Rücknahme der Einschnitte und Beihilfen wie früher zu den Medikamenten.

Artemios Karamanlis (60) beschwert sich: "Ich habe 47 Jahre geschuftet und jetzt kann ich die Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Ist das der Dank? Ich weiss nicht, wie ich zahlen soll, wenn ich nichts habe."

Katerina (80) sagt: "Meine Rente wurde auf 400 Euro im Monat gekürzt. Die teuren Medikamente kann ich nicht bezahlen. Die Zuschüsse haben sie mir gestrichen. Aber ich spreche nicht nur von mir, das ganze Land geht unter. Wie soll es für unsere Kinder und Enkel weitergehen? Die Politiker machen unser Land kaputt."

Die Rentner demonstrierten bei Temperaturen von über 40 Grad im Schatten.

*Quelle: http://de.euronews.com/*

# Währende oder während der Eurokrise/Eurolandkrise

***Mein persönlicher Standpunkt, meine Eindrücke, Oktober 2012***

Ich bin 1960 in Bremen geboren, lebe seit 1979 in Italien und wohne in Norditalien (100 km von Turin, 150 km von Mailand).

Ich frage mich, fühlen sich die Italiener (oder haben sich die Italiener bisher) überhaupt als Europäer (gefühlt)? Meine Antwort: Jein, sie sind zuallererst Südländer, Südeuropäer, und dann erst Europäer. Und deshalb solidarisieren sich die Italiener mit Griechen und Spaniern! Ja, sie sind solidarisch, und Angela Merkel kommt gar nicht gut weg.

Manchmal beobachte ich auch, dass die italienischen Parteien und Politiker das größere Gesprächsthema sind (vorher Berlusconi, jetzt immer noch: „Italien ist durch den Berlusconismus geprägt worden. Das ist so, weil wir Berlusconi hatten. Und so weiter."

Natürlich gehören Monti und Montis Sparmaßnahmen auch dazu, was uns wieder zum Thema zurückbringt.

Und zu einer der Maßnahmen möchte ich gerne etwas sagen, und zwar zu der Immobiliensteuer IMU, die demnächst auch die Kirche zu zahlen hat. Von dieser Maßnahme kann ich nur sagen, dass ich sie richtig, richtig gut finde (und, dass man die Kirche schon viel früher auf diese Weise zur Kasse hätte bitten sollen.)

Ich höre Radio, wenn ich zur Arbeit fahre, und da fällt mir noch etwas Wichtiges ein, weil in letzter Zeit viel darüber diskutiert wurde: FIAT, die Fabbrica Italiana Automobili Torino, die es seit 1899 gibt. Die Hausmarke will ins Ausland gehen. Was sagen die italienischen Arbeiter und Angestellten der Fiat-Werke, die Fiat-Zulieferer, die Fiat-Fahrer, die Fiat-Käufer (die die guten Angebote nutzen wollen) etc. dazu? Natürlich, dass Fiat in Italien bleiben soll. Ein guter Grund: Wenn man so lange subventioniert wurde, dann ist es wohl auch gerechtfertigt, dass man im Land bleibt.

***Ein Gespräch***

Eine Freundin sagt: „Wir müssen uns jetzt wohl drauf einstellen, dass immer mehr Leute ohne Kfz-Versicherung durch die Gegend fahren, weil sie kein Geld dafür haben."

Das glaube ich persönlich auch, also Achtung, lieber keinen Unfall bauen.

***Sommer***

In diesem Sommer, der sehr schön war, gab es an dem Hausstrand meines Wohnortes (d.h. viel flache Felsen, ein klein bisschen grobkörniger Sand zum Liegen und kaltes Wasser aus den Bergen, maximal zehn Schwimmzüge, ansonsten baden, um sich abzukühlen) keinen freien Platz mehr. Schwimmbad kostet. Vor vier, fünf Jahren kamen nur Insider und Naturliebhaber.

***Sperrmüll***

Eine Freundin: „Weißt du, mein Mann hat so einen richtigen Sammlerinstinkt, schon immer, er schleppt immer Sachen aus dem Sperrmüll nach Hause. Aber jetzt findet er nichts mehr. Entweder schmeißen die Leute keine guten (oder fast noch guten) Sachen weg. Oder es sind andere früher da." Ich fügte hinzu: „Man gibt die guten Sachen in der Familie oder an befreundete Familien weiter, das war verpönt, stimmt doch, oder? Und dann gibt es die, die Sachen mitnehmen und weiterverkaufen, auch aus den Altkleidercontainern."

Viele andere Beispiele könnte ich noch aufführen, und müsste wahrscheinlich auch nicht allzulange überlegen.

*Bettina Weise*

# Wer oder was sind die Iaioflautas?

***Ungehorsam, entschlossen, gewaltfrei - meist gewerkschaftlich geprägt***

***Zusammengestellt von Traudel Kassel***

Die Mehrheit der Iaioflautas – „Kinder“ der spanischen Bewegung der Indignados von 2011 - ist über 70 Jahre alt. Sie sind Omas und Opas (Iaios).

Sie sind bereit für ihre Enkel zu kämpfen, denen es schlechter gehen wird als ihren Kindern. Sie glauben mit ihrer Erfahrung, vereint mit der „Kraft der Jungen“ vieles verändern zu können. Sie sind die „iaioflautas“, die Veteranen einer Bewegung, die sich nicht ausschließlich auf die Jugend beschränkt.

(Näheres dazu in Publik 6/2012)

***Ihre spektakulären Aktionen 2012:***

Sie besetzten im Februar einen Bus, um gegen die gestiegenen Fahrpreise zu protestieren – nicht mit Gewalt. Sie sind einfach rein, 30 Leute, haben Tickets gelöst – dann Plakate ausgepackt und Transparente ans Fenster gehalten.

Das katalanische Innenministerium wurde besetzt.

Im Juni besetzten sie Bankfilialen in fünf spanischen Städten: Neben Barcelona in Madrid, Sevilla, Valencia und Palma de Mallorca.

Auch das deutsche Generalkonsulat in Barcelona wurde besetzt.

Am 3. Oktober besetzten sie das Familien- und Sozialministerium.

Am Jahrestag ihrer Gründung, am 27. Oktober, wurden die SeniorInnen rabiat von der Polizei gehindert, ein Amtsgebäude zu betreten.

## *Slogans der Iaioflautas:*

Luchamos y conseguimos una vida mejor para nuestras hijas e hijos
WIR KÄMPFEN UND SETZEN UNS EIN - FÜR EIN BESSERES LEBEN FÜR UNSERE TÖCHTER UND SÖHNE

Mas Democrazia y menos banqueros
MEHR DEMOKRATIE UND WENIGER BANKER

Primero las personas
ERST DIE MENSCHEN

Todo por nuestros hij@s
ALLES FÜR UNSERE KINDER

Renta Basica Vida Digna
GRUNDRENTE – FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE

„Die Politiker wollen, dass wir Alten Boule spielen, auf Bänken herumhocken und allerhöchstens auf unsere Kinder und Enkel aufpassen. Doch bei mir geht das schon nicht mehr: Meine Tochter ist nach Deutschland ausgewandert.“
Celestino Sanchez, 62 Jahre

Zwangsräumungen in Spanien: 500 täglich - seit 2007 über 400 000 !!!
Nach drei Selbstmorden wegen Zwangsräumung in wenigen Wochen wird der Protest stärker – die Regierung will bei Armen, kinderreichen Familien und anderen Härtefällen jetzt vorläufig auf Zwangsräumungen verzichten ...
Initiativen fordern völligen Stopp von Zwangsräumungen.
500 Zwangsräumungen wurden bisher durch AktivistInnen verhindert.
Es gibt Polizisten, die sich weigern an Zwangsräumungen teilzunehmen.

# Europa am Scheideweg

*Annelie Buntenbach*
*(DGB-Bundesvorstand)*

Die sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, aber auch und vor allem die sozialen Folgen der gegenwärtigen Krisenpolitik sind in vielen Mitgliedsstaaten der EU gravierend. Die Arbeitslosigkeit in Europa erreicht Rekordwerte: durchschnittlich 10,4 Prozent, das heißt, 16,5 Millionen Menschen, sind allein in der Eurozone ohne Arbeit. Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch, in manchen Regionen katastrophal. Jeder zweite Jugendliche in Spanien ist arbeitslos. Nicht nur die Jugendlichen bekommen diese Krise zu spüren: Tarifautonomie, Mindestlöhne, Mindeststandards für ein gutes Arbeiten und Leben werden binnen kurzer Zeit über Bord geworfen.

Unter dem Zeichen des Kürzungsdiktats werden Arbeitnehmern und Gewerkschaften Einschnitte zugemutet. Viele bekommen sie noch gar nicht mit, vor allem in den Ländern, die vergleichsweise gut dastehen, wie z.B. Deutschland. Schuld daran ist oftmals schlichter Informationsmangel. Das vorliegende Arbeitspapier von Isabelle Schömann und Stefan Clauwaert leistet einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über die europäische Krisenpolitik und die Aufarbeitung ihrer Folgen. Die Autoren belegen, dass vorwiegend die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien für die Konsequenzen einer Krise aufkommen müssen, die sie nicht verursacht haben.

**Arbeitnehmerrechte und Tarifautonomie in Gefahr**

Leider gibt es bisher keine hinreichende europäische Öffentlichkeit. Noch dazu haben wir es mit einer fehlenden und mitunter einseitigen Berichterstattung über die Krisenfolgen in anderen Mitgliedsstaaten zu tun. Dieses Arbeitspapier lädt zu einer dringend nötigen breiten und öffentlichen Debatte in Europa über die Folgen einer Krisenpolitik ein, die bis dato zu einseitig auf Einsparmaßnahmen setzte. Isabelle Schömann und Stefan Clauwaert zeigen nämlich, dass die in den letzten Monaten auf den Weg gebrachten Haushaltssanierungspakte und europaweiten Schuldenbremsen als dramatische Eingriffe in das europäische Sozialmodell einzuordnen sind.

Konkret heißt beispielsweise der Fiskalpakt: Europaweit wird Druck auf die Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf die Arbeitsbedingungen, auf die Tarifautonomie und auf die Sozialsysteme ausgeübt. Tarifverträge werden ausgehebelt, um Löhne zu drücken. Gewerkschaften werden gezwungen, Löhne zu senken oder Tarifsteigerungen auszusetzen. Die Regierungen verlängern Arbeitszeiten, setzen das Renteneintrittsalter hoch und kürzen die Renten. Der öffentliche Dienst wird verkleinert und privatisiert. Mit dem bisherigen Krisenmanagement wird eine weitere Chance vertan, Europa sozial und ökologisch nachhaltig aufzubauen.

**Neuer Impuls für eine öffentliche Debatte der Krisenfolgen**

Dass die Arbeitsmärkte in Europa reformbedürftig sind, streitet niemand ab. Mittlerweile sollte aber zum Beispiel klar sein – und das vorliegende Arbeitspapier illustriert dies anhand zahlreicher Beispiele –, dass „Flexibilisierung der Arbeitsmärkte“ zur „Prekarisierung der Arbeitsplätze“ führt. Ein Umdenken ist überfällig. Die Europäische Union und die Politik müssen endlich wieder den Menschen Vorrang vor den freien Kräften des Marktes geben und dem Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt soziale und ökologische Regeln setzen.

Wir wollen ein demokratischeres und sozialeres Europa, in dem die Menschen in Wohlstand und Frieden leben können. Wir wollen stabile Märkte, sichere Arbeit, beste Bildung für uns und unsere Kinder. Das europäische Sozialmodell will Freiheit und Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit verbinden. Diese Zielstellung und erste Errungenschaften dürfen nicht dem freien Wettbewerb und auch nicht dem finanzmarktgetriebenen Spardiktat geopfert werden. Wirtschaftliche Freiheiten dürfen soziale Sicherheiten nicht aushebeln. Auch ist es nicht die Aufgabe der Politik, das Vertrauen der Märkte zu gewinnen und den Märkten zu vertrauen. Die Politik muss die Märkte zügeln, um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen.

# Laut und gar nicht still

## *Nach 112 Tagen Besetzung: SeniorInnen haben die Schließung ihrer Begegnungsstätte „Stille Straße“ in Berlin-Pankow erfolgreich verhindert*

***Traudel Kassel***

Eigentlich ist alles ganz normal: Berlin muss sparen, öffentliche Einrichtungen werden entweder geschlossen oder Zuschüsse gekürzt. Sachzwänge eben. Gekürzt wird bei allen Einrichtungen für die Allgemeinheit. Geschlossen wird da zuerst, wo Behörden am wenigsten Widerstand erwarten.

So läuft es doch immer ... oder? – Aber nicht mit den ca. 300 SeniorInnen in der Stillen Straße 10 in Pankow. Am 30. Juni sollten laut Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung die Lichter ausgehen – „sanierungsbedürftig und zu teuer“, hieß es. Die Lichter sind angeblieben – die SeniorInnen hatten sich entschlossen, sich nicht verdrängen zu lassen und das Haus kurzerhand besetzt – 112 Tage lang.

Ca. 300 Menschen zwischen 62 und 96 Jahren nutzen die 29 wöchentlichen Angebote von Computer, Sprachen, Spielen, Sport und vieles mehr. Sport geht zurzeit nicht mehr, weil eines Nachts die Schlösser im Keller ausgetauscht wurden. Seitdem war das Haus auch nachts besetzt.

Aber es sind nicht einfach Kurse, die die Menschen mit ihrem Haus verbinden. Es ist die gewachsene Gemeinschaft in ihrem direkten Wohnumfeld, zu Fuß erreichbar, ein Bollwerk gegen Vereinzelung und Vereinsamung. Das war wichtig, nachdem viele von ihnen in den 90er Jahren ihre Arbeit verloren hatten. Das alles wollen die SeniorInnen sich nicht nehmen lassen. „Wir haben unser Leben lang gearbeitet und viele Entbehrungen ertragen müssen. Und jetzt, wo wir endlich unser Leben genießen können, soll uns unser Haus weg genommen werden“, sagt Brigitte Klotsche aus der Stillen Straße. Sie wollen aber auch ein Signal für andere betroffene Einrichtungen von SeniorInnen und Jugendlichen setzen, die ebenfalls von Schließung bedroht sind. „Stille Straße ist überall“ heißt es auf einem ihrer Transparente.

Besetzung heißt ausharren, Aktivitäten nach Möglichkeit weiterführen – und neue Aktivitäten entwickeln, die sich aus der neuen Situation ergeben. Da muss die Nachbarschaft und die Öffentlichkeit eingeschaltet werden, für Essen und Trinken

***Logo der SeniorInnen in der „Stillen Straße“: DAS IST UNSER HAUS***

*Foto: Renate Koßmann*

*Foto: Björn Kietzmann*

muss gesorgt werden. Mit Politikern und Behörden muss verhandelt werden, mögliche Unterstützer müssen gesucht und mit ihnen geredet werden. Und bei allen wichtigen Terminen sind die Medien eingeschaltet. Im MDR wird den BesetzerInnen eine ganze Sendung gewidmet. Die Aktiven sind voll ausgelastet.

Per Mausklick erfahren Menschen in Berlin, in ganz Deutschland und darüber hinaus von den wundersamen Bewegungen in der „Stillen Straße" in Pankow. Am Wichtigsten ist aber natürlich das Echo in Berlin: Unterstützer bringen Früchte und anderes vorbei. Junge Leute von der Volxküche aus einem ganz anderen Stadtteil bringen frisch gekochtes Essen und gute Laune mit.

So entsteht auch Kontakt zur Mieterinitiative „Kotti & Co.", die sich gegen ihre Verdrängung aus vormals günstigen Sozialwohnungen zugunsten von Besserverdienenden wehren – mit einem Camp, regelmäßigen Lärmdemos und vielen Aktionen. Gegenseitige Unterstützung bietet sich an, denn auch dort sind RentnerInnen beteiligt, die trotz ihrer lebenslangen Arbeit arm geblieben und auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen sind, wie die türkisch-stämmige Rollstuhlfahrerin Cengiz, die sich trotz Druck und Schikanen nicht aus ihrer behindertengerechten Erdgeschosswohnung hinausdrängen lassen will – wohin sollte sie mit ihrer kleinen Rente auch gehen?

In der Stillen Straße: Mehr als sechs Wochen hat es bis zur ersten Reaktion seitens der Behörde gedauert. Eine Fortführung unter kommunaler Trägerschaft komme nicht in Frage, aber eine private Trägerschaft könnte erwogen werden. Bei der Kurzfristigkeit der Ausschreibung hat sich einzig die Volkssolidarität (größter Sozialverband in Ostdeutschland) gemeldet, aber auch dieser Träger konnte ohne ausreichende Fakten über das, was auf ihn zukommt, nicht einfach zusagen. Immerhin ist inzwischen klar geworden: Der behauptete Sanierungsbedarf von 2,5 Millionen schrumpft bei anderen Fachleuten auf 100.000 Euro und schließlich – die SeniorInnen wollen selbst mit anpacken bei den notwendigen Arbeiten für die Erhaltung ihres Hauses.

Wie das Märchen ausgegangen ist? – Seit 22. Oktober ist klar: Das Haus ist gerettet! Die Volkssolidarität wird die „Stille Straße" übernehmen, und das musste erst einmal gefeiert werden. Aber bis das alles funktioniert, bleibt noch viel zu tun. So wurde am 25. Oktober von den SeniorInnen der „Förderverein Seniorenbegegnungsstätte Stille Straße" gegründet, der bis zur endgültigen Übernahme ihre Angelegenheiten regeln soll.

Es hat sich gelohnt sich gemeinsam zu wehren. Denn die beteiligten Menschen kommen aus einer solchen monatelangen Erfahrung gemeinsamer widerständiger Aktivität zwar erschöpft, aber selbstbewusster und offener für andere Betroffene heraus als zu Beginn. Das wissen wir als GewerkschafterInnen aus jeder längeren betrieblichen oder gewerkschaftlichen Auseinandersetzung gut genug!

***Links zum vernetzten Widerstand gegen Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich in Pankow: http://wirbleibenalle.org/***

***http://pankowsolidaritaet.wordpress.com/***

# Der 1. Oktober?

Was bedeutet dieser Tag in unserer Gesellschaft?

Tag der Vegetarier, Tag des Lächelns usw. werden in den Medien weit verbreitet, über den Tag der älteren Generation schweigt man. Darauf wies mit Nachdruck die Kollegin Susanne Kremer (ver.di Landesverband Bremen-Nordniedersachsen) hin.

Am 1. Oktober 2012 feierten wir diesen Tag zum zweiten Mal in Bremen. Es begann mit einer Mittagsandacht im Dom. Danach ging es zum Hanseatenhof. Einzelne Gewerkschaften, Sozialverbände, Pflegestützpunkte, Netzwerk Selbsthilfe, Europa Bremen, Heim-Mitwirkung, kirchliche Organisationen, Parteien und viele andere Gruppen haben mit verschiedenen Ständen den Tag gestaltet.

Die Moderation hatte Lutz Bock vom DGB. Der ver.di-Geschäftsführer Rainer Kuhn sprach von gerechter Arbeit und fairem Lohn, um der Altersarmut vorzubeugen. Dies ist aber mit Minijobs oder Leiharbeit von Zeitfirmen nicht möglich!

Der Bürgerschafts-Abgeordnete Elombo Bolayela sagte, ein Miteinander zwischen Alt und Jung und mit Migranten muss es geben! Der Sketsch „Ältere Frösche“ begeisterte das Publikum. Auch wurden u.a. die Reha, „die Renten sind sicher“, Politiker, die Geld verschwenden, gereimter Ärger, die neuen Konzepte der Frau von der Leyen zum Teil kreativ auf die Schippe genommen. Die flotten Sprüche und Werbung für den Mixstab „Sensodüse für Alles“ sorgten für Auflockerung und Spaß.

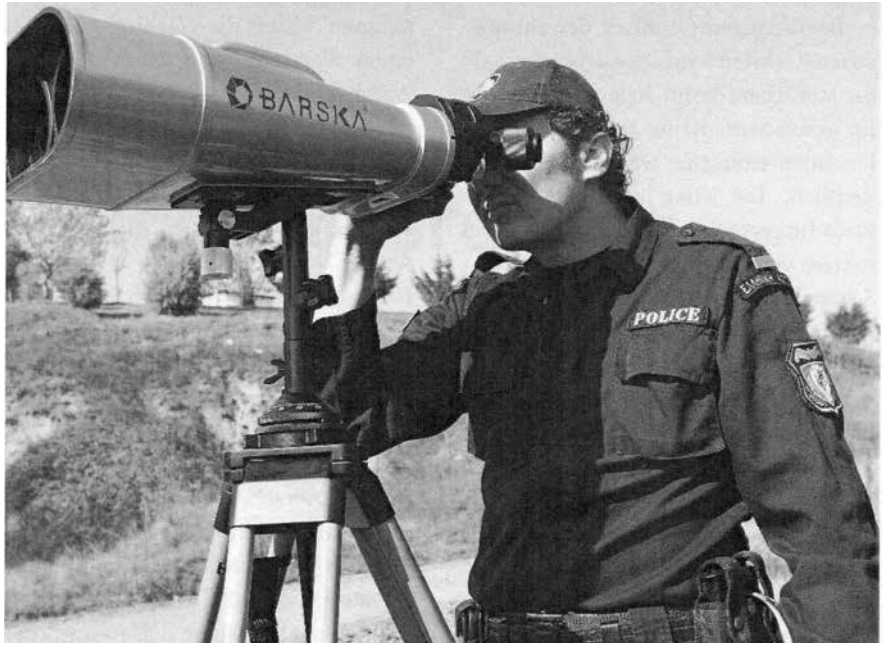
Jung und Alt sprachen über Teilzeit und Befristung im Arbeitsalltag. Stark besucht wurde auch der Kaffee- und Kuchenstand. Gegen 16.00 Uhr endete die Kundgebung.

Es war eine gelungene Veranstaltung aufgrund der konstruktiven Arbeit aller Beteiligten und Mitwirkenden.

Wir bedanken uns bei allen für das Gelingen des Tages und wünschen uns einen ebenso erfolgreichen 1. Oktober 2013.

*Karla Vendt, Inge Markowsky (ver.di)*

# … noch immer und schon wieder über das Asylbewerberleistungsgesetz




***(vgl. WIR 16/2011)***

Bereits seit Mitte 2010 lag die Frage, ob die Höhe der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz den Vorgaben des Grundgesetzes entsprechen, in Karlsruhe zur Entscheidung vor.

Obwohl eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes auf rechtliche Ablehnung dieser Vorschriften sich deutlich abzeichnete, weigerte sich die Bundesregierung, die Bezüge der Flüchtlinge neu zu berechnen.

Bund und Länder konnten und können sich bis heute generell nicht einigen, ob das AsylbLG ganz abgeschafft werden soll und die Betroffenen Arbeitslosengeld II (Hartz 4) bzw. Sozialhilfe/Grundsicherung erhalten sollen oder ob das AsylbLG entsprechend der Vorgaben des Obersten Gerichts neu gefasst werden soll.

Am 18. Juni 2012 fällte das Bundesverfassungsgericht das Urteil. In seiner Presseerklärung heißt es wörtlich:

„Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat entschieden, dass die Regelungen zu den Grundleistungen in Form der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG unvereinbar sind. Die Höhe dieser Geldleistungen ist evident unzureichend, weil sie seit 1993 trotz erheblicher Preissteigerungen in Deutschland nicht verändert worden ist. Zudem ist die Höhe der Geldleistungen weder nachvollziehbar berechnet worden noch ist eine realitätsgerechte, am Bedarf orientierte und insofern aktuell existenz-sichernde Berechnung ersichtlich.

Der Gesetzgeber ist verpflichtet, unverzüglich für den Anwendungsbereich des Asylbewerber-leistungsgesetzes eine Neuregelung zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums zu treffen. Bis zu deren Inkrafttreten hat das Bundesverfassungsgericht angesichts der existenz-sichernden Bedeutung der Grundleistungen eine Übergangsregelung getroffen. Danach ist….die Höhe der Geldleistungen…. entsprechend den Grundlagen der Regelungen für den Bereich des Zweiten und Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches zu berechnen“(Alg II und Sozialhilfe).

Leider gilt diese Anordnung, von noch nicht rechtskräftig beschiedenen Leistungsansprüchen abgesehen, nur für die Zukunft.

Bei einer Neufassung des AsylbLG samt Ausführungsbestimmungen ist nach dem jetzigen Diskussionsstand zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und einer weithin uninteressierten Öffentlichkeit nicht abzusehen, ob die diskriminierenden und letztlich auch menschen-unwürdigen Vorschriften über Residenzpflicht, Sammellager, Warengutscheine oder Lebensmittelpakete, fehlende medizinische Betreuung, Verbot der Erwerbstätigkeit und Ausschluß aus den Integrationskursen beibehalten werden.

Die SPD- und Grün-regierten Länder setzen sich zaghaft für die Abschaffung des gesamten Schandgesetzes ein.

Die tatsächliche Entscheidung über die gesamte Gesetzgebung wird wohl noch bis Ende 2013 dauern.

So haben die jahrelangen juristischen Kämpfe um die Lebensbedingungen und Geldleistungen für Flüchtlinge, geduldete Ausländer und ihre Familien doch nur einen sehr kleinen Erfolg gebracht.

*Margot Müller*

# Wir erinnern an Karl Wastl – aktiver Gewerkschafter und Antifaschist

Obwohl heute weitgehend in Vergessenheit geraten, gehörte Karl Wastl in der Weimarer Republik und nach 1945 zu den erfahrensten und bekanntesten Gewerkschaftern in Vegesack und Bremen und prägte die dortige Arbeiterbewegung über lange Jahre entscheidend mit. Seine konsequente antifaschistische Einstellung und die daraus resultierenden fast sechseinhalb Jahre in nationalsozialistischen Kerkern und Konzentrationslagern brachten ihm parteiübergreifend ein hohes Ansehen ein. Grund genug sich heute wieder an ihn zu erinnern. Wastl kam am 26. Januar1889 in Dorfen, einer Kleinstadt im Bezirk Erding/ Oberbayern, als Sohn eines Braumeisters zur Welt.

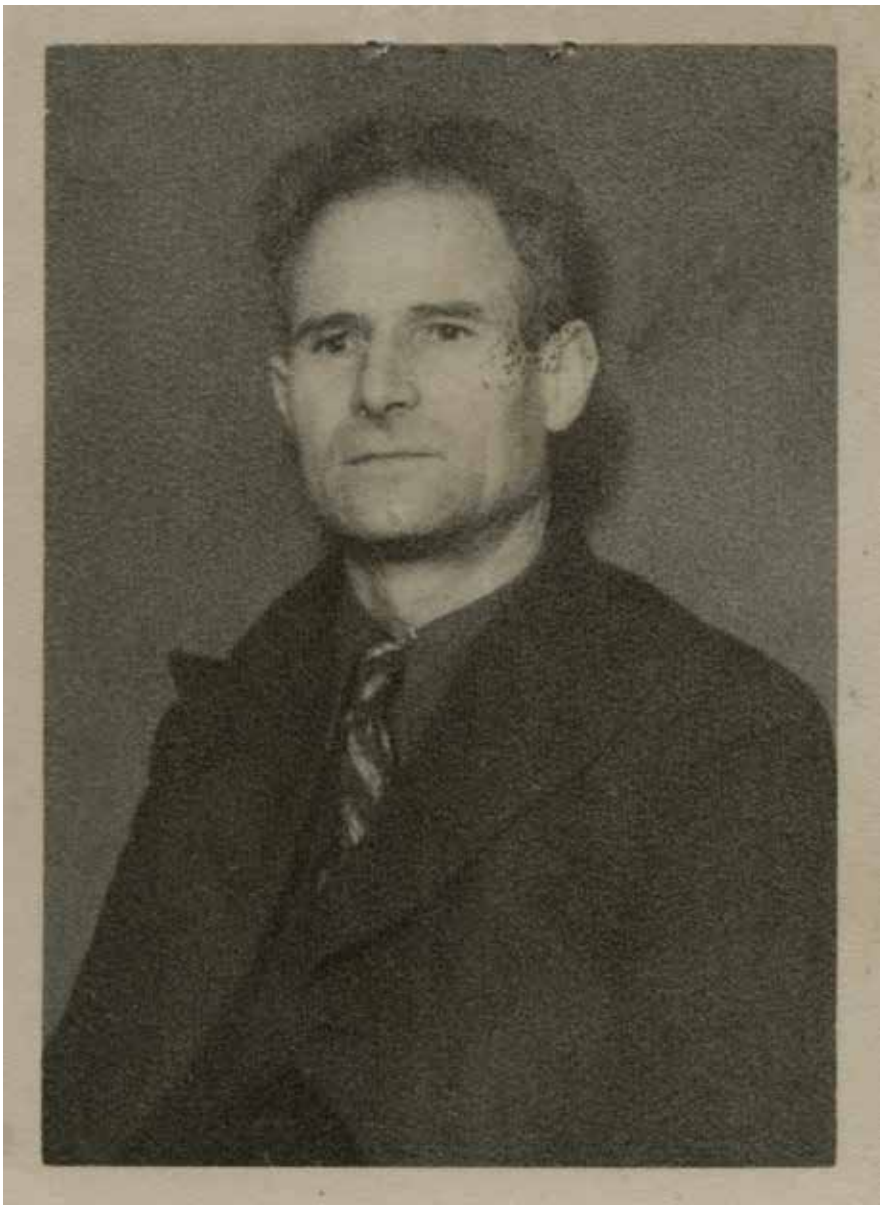
Nach Abschluss seiner Schulzeit in der Volksschule in Dorfen, erlernte er zwischen 1903 und 1907 das Kupferschmiedehandwerk. 1908 wurde er zeitgleich Mitglied im Kupferschmiedeverband und in der SPD. Kurz nach Kriegseintritt des Deutschen Kaiserreiches am 1. August 1914 wurde Wastl zum Kriegsdienst einberufen und im Jahre 1915 schwer verwundet. 1918 trat er im Zuge der Novemberrevolution aus der SPD aus und zur USPD über. Nachdem im Jahre 1919 die Firma, bei der er beschäftigt war, bankrott ging, zog er nach Bremen-Vegesack, wo er auf der Bremer Vulkanwerft eine neue Arbeit als Kupferschmied fand. Am 30.8.1919 heiratete Wastl in Aumund die aus Ristedt (Syke) stammende Sophie Meta Schwecke.

Die Ehe mit der fünf Jahre jüngeren Meta, die selbst auch in der ArbeiterInnenbewegung politisch aktiv war, hielt bis zu Karls Tod. Wastl, der sich im Herbst 1920 mit der Mehrheit der USPD der KPD anschließt, wird auf dem Vulkan schnell gewerkschaftlich aktiv und als Vertrauensmann und Betriebsrat tätig: Ab 1920 wird er erst Kassierer, dann Vorsitzender des Kupferschmiede-Verbandes in Vegesack. Nachdem sich die soziale und politische Lage 1923 extrem verschärfte, versuchte die KPD-Führung einen „Deutschen Oktober“ vorzubereiten. Als aber die Ausrufung eines Generalstreiks scheiterte, wurde der für den 23.10.1923 geplante Aufstand abgesagt. Dennoch kam es in Hamburg und, weitgehend unbekannt, auch in Vegesack und Blumenthal zu einem Aufstandsversuch. Wie in Hamburg kam dieser durch einen Übermittlungsfehler zustande, weil die Bremer Leitung es versäumt hatte, Wastl, den Führer des Unterbezirks Vegesack, von der Absetzung des Aufstandsplanes zu benachrichtigen.

So wurden am 23.10. um 7 Uhr unter Führung von Wastl die Vulkan-Werft und die Wollkämmerei besetzt und dort die Arbeit komplett niedergelegt. Die isolierte Aktion konnte am 24.10. durch die Sicherheitspolizei im Keim erstickt werden. Wastl musste nach der Niederschlagung des Streiks untertauchen, da nach ihm reichsweit wegen „Bildung proletarischer Hundertschaften“ gefahndet wurde. Der Staatsschutz vermutete, dass Wastl, der von der KPD einen Paß auf den Namen Karl Ebelig erhalten hatte, in die Sowjetunion geflohen sei, wo er an militärischen

***Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, Bd. 4,***
*Metropol Verlag, Berlin Siegfried Mielke (Hrsg.). Dieser Band wird im Frühjahr 2013 erscheinen.*

*Philipp Vergin*



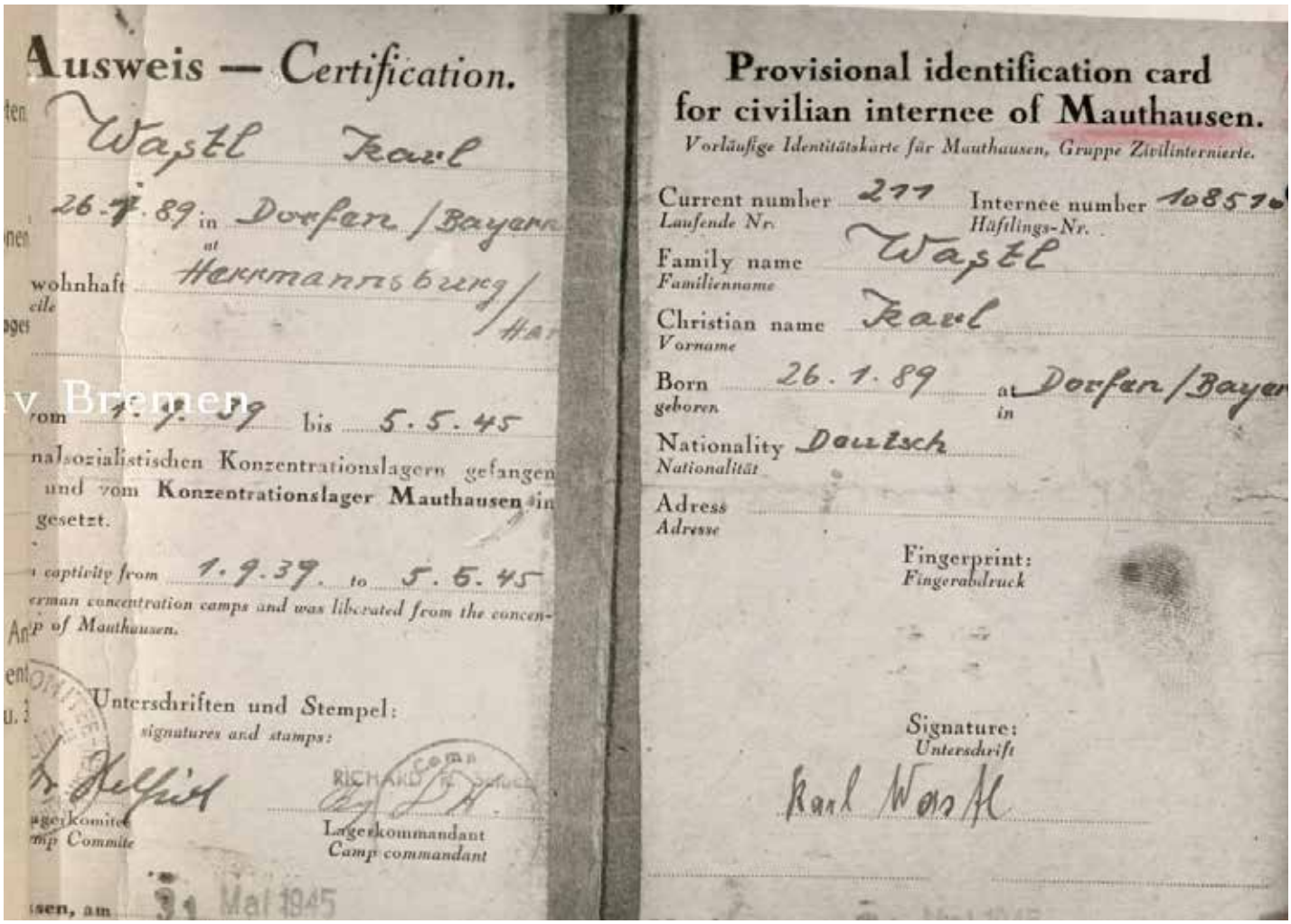
*Quelle: Staatsarchiv Bremen.*

Kursen teilgenommen habe. Als Ende 1925 das Verfahren gegen ihn aufgrund einer Amnestie eingestellt worden war, konnte er am 3.1.1926 nach Blumenthal zurückkehren. Dort wurde er erst Leiter der kommunistischen Buchstube und wechselte dann als technischer Leiter des Roten Frontkämpferbund (RFB) nach Bremen.

Diese Funktion übte er bis zum Verbot des RFB am 3. Mai 1929 aus. Aufgrund einer „schwarzen Liste" der Vulkanwerft konnte er zwischen 1928 und 1931 in Bremen keine Arbeit finden. Als am 6.3. die KPD zu einem internationalen Welterwerbslosentag mobilisierte, demonstrierten in Bremen und Vegesack/Aumund Tausende gegen Arbeitslosigkeit und Ausbeutung. Die 3000 Demonstranten in Vegesack wurden von angetrunkenen Landjägern und Polizei mit „blanken Säbeln" und Revolvern angegriffen, Wastl mit dem Säbel niedergeschlagen, schwer verletzt und trotz seiner Verletzungen wegen Landfriedensbruchs verhaftet. Am 20.7.1931 zog er von Aumund nach Oldenburg, wo er hauptamtlicher Sekretär der KPD wurde. Wastl, der bei allen Kommunalwahlen ab Ende 1925 in Aumund und Blumenthal stets als Spitzenkandidat der KPD antrat und seit 1926 als Gemeinderat in Aumund sowie im Kreistag und Kreisausschuss Blumenthal tätig war, wurde für die Landtagswahlen im Freistaat Oldenburg am 29.5.1932 als Spitzenkandidat der KPD nominiert. Bei den Wahlen erreichte die NSDAP mit 48,38 % die absolute Mehrheit, während SPD (18,75%) und KPD (5,74%) Wahlverluste hinnehmen mussten und nicht verhindern konnten, dass Carl Röver zum ersten Ministerpräsidenten einer nationalsozialistischen Landesregierung gewählt wurde.

Weil Wastl in der 2. Sitzung am 1.7.1932 dagegen protestierte, dass die NSDAP-Fraktion eine Aussprache zur Regierungserklärung verhindern wollte, wurde ihm durch den amtierenden Präsidenten das Wort entzogen und er für drei Sitzungen aus dem Landtag verbannt. Als im August 1932 die Arbeitsverwaltung Erwerbslose aus Oldenburg und Umgebung zu Notstandsarbeiten an der unteren Hunte verpflichtete und diesen für ihre Arbeit weniger Lohn als vorher Wohlfahrtsunterstützung zahlte, traten alle 600 Notstandsarbeiter in den Streik, der Anfang September mit einem Teilerfolg endete. Wastl, der in die Streikleitung gewählt worden war, versuchte vergeblich den Streik im Landtag zu thematisieren und legte am 27.9.1932 schließlich sein Landtagsmandat nieder und kehrte nach Aumund zurück.

Am 2.4.1933 wurde er von der Gestapo verhaftet und wegen Hochverratsverdacht fast fünf Monate im Untersuchungsgefängnis Bremen-Blumenthal inhaftiert, bis man ihn von dort zusammen mit 45-50 anderen Häftlingen am 24.8.1933 in das KZ-Esterwegen (Lager III) überführte. Nach seiner Entlassung am 22.12.1933 wurde die Situation in Bremen-Nord für die Wastls untragbar, so dass sie zu Verwandten nach Hermannsburg in der Lüneburger Heide zogen. Am 1.1.1936 trat er in die Deutsche Arbeitsfront ein und leistete dort im Auftrag der KPD bis Ende August 1939 Oppositionsarbeit. Am



Ausweis — Certification.

Wastl Karl

26.1.89 in Dorfen / Bayern
at

wohnhaft Herrmannsburg /
cile

v. Bremen

vom 1.9.39 bis 5.5.45

nalsozialistischen Konzentrationslagern gefangen
und vom Konzentrationslager Mauthausen in
gesetzt.

captivity from 1.9.39. to 5.5.45
erman concentration camps and was liberated from the concen-
p of Mauthausen.

Unterschriften und Stempel:
signatures and stamps:

Lagerkommandant
Camp commandant

31 Mai 1945

Provisional identification card
for civilian internee of Mauthausen.
Vorläufige Identitätskarte für Mauthausen, Gruppe Zivilinternierte.

Current number 211 Internee number 108510
Laufende Nr. Häftlings-Nr.

Family name Wastl
Familienname

Christian name Karl
Vorname

Born 26.1.89 at Dorfen / Bayern
geboren in

Nationality Deutsch
Nationalität

Adress
Adresse

Fingerprint:
Fingerabdruck

Signature:
Unterschrift
Karl Wastl

1.9.1939 wurde er erneut verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht. Im Lager beteiligte sich Wastl an der Solidaritätsaktion „Rote Kuhle“, einer Hilfsaktion der illegalen Lagerleitung für die hungernden sowjetischen Kriegsgefangenen. Zusammen mit 149 anderen politischen Häftlingen, die man wegen Widerstandsaktivitäten verdächtigte, wird er am 11.8.1944 in eine Isolierbaracke gebracht.

In den Abendstunden des 11.10.1944 wurden 27 dieser Häftlinge – zumeist Kommunisten – erschossen. 103 Häftlinge, darunter auch Karl Wastl, wurden ins KZ Mauthausen deportiert, wo er vom 20.10.1944 bis zur Befreiung durch die Amerikaner am 5.5.1945 inhaftiert war.

Am 30.5.1945 durfte Wastl das Lager verlassen. Sofort nach seiner Genesung kehrte er nach Bremen zurück, wo er sich am Aufbau der Gewerkschaften beteiligte. Am 1.11.1945 wurde er Sekretär der IG Metall in Bremen-Nord. In dieser Funktion versuchte er die Selbständigkeit der Vegesacker Zahlstelle der IGM zu erreichen, scheiterte aber am massiven Widerstand der Bremer Gewerkschaftsführung.

In Folge von Parteisäuberungen und des isolationistischen Kurses der KPD entfremdete sich Wastl zusehends von seiner Partei und trat 1948 schließlich aus. Über einen Übertritt zur SPD oder gar über Parteifunktionen innerhalb der Sozialdemokratie liegen hingegen keine Belege vor. Als „Renegat“ geriet Wastl während des Bremer Werftarbeiterstreiks von 1953 in scharfe gewerkschaftliche und politische Auseinandersetzungen mit der KPD, die die „rechten Gewerkschaftsführer“, zu denen neben Wastl vor allem die IG Metall-Sekretäre Friedrich Düßmann und Heinrich Bohnsack, aber auch der eigene Genosse Johann Reiners gezählt wurden, wegen einer zu kompromisshaften Streikführung heftig kritisierte.

Die Auseinandersetzungen und Verletzungen während des Streiks führten schließlich zu einem endgültigen Bruch der ehemaligen Genossen. Wastl schied bald darauf am 1.11.1954 aus Altersgründen aus seiner Funktion als Gewerkschaftssekretär der IGM in Vegesack aus. Im Alter von 74 Jahren starb Karl Wastl am 7. März 1963 in Löhnhorst.

*Quelle: Staatsarchiv Bremen.*

## Leserbrief zum Artikel über Genossenschaften in der WIR Nr. 17 / 2012

Liebe Redaktion der WIR,
über den Artikel über Genossenschaften habe ich mich gefreut. Die Gründung der ersten Genossenschaften geschah aus materieller Not und Notwendigkeit – ist zumindest die Notwendigkeit und vielfach auch die Not nicht heute auch gegeben? Warum wehren wir uns nicht und folgen den geschilderten Beispielen? Stattdessen lassen wir uns den Konsum diktieren und geben besonders unseren Kindern und Enkeln damit ein schlechtes Beispiel, das sie immer mehr in Abhängigkeit bringt. Die beschriebenen 7 Schritte zur Gründung einer Genossenschaft müssten doch eigentlich Mut machen!
Herzlichst
Krista Deppe

## Geringfügige Beschäftigung (400 Euro-Jobs) und Rente

Arbeitnehmer können auf die Versicherungsfreiheit (keine eigenen Rentenversicherungsbeiträge) verzichten, den Arbeitgeber-Anteil aufstocken und somit Anspruch auf das volle Leistungspaket der gesetzlichen Rentenversicherung erwerben (Aufstockungsbeitrag), z.Z. mit 4,6 %. Das bedeutet bei Krankheit Anspruch auf Rehaleistung oder Rente bei Erwerbsminderung, da die Aufstockung dann als Pflichtbeiträge gelten. Da der Arbeitgeber 15 % in die Rentenversicherung zahlen muss, macht das mit vom Arbeitnehmer gezahlten 4,6 % zusammen 19,6 % - das sind dann Pflichtbeiträge.

RENTENBERATUNG
im DGB-Haus in der ver.di Infothek:
Jeden 1. Montag im Monat
von 9.00 – 12.00 Uhr

Karla Vendt

## Gute Arbeit - Zeitschrift WIR

Lieber Dieter,

herzlichen Dank für die Zusendung der Zeitschrift WIR.

Auch diese Ausgabe ist euch wieder sehr gelungen. Ich möchte nur auf die Artikel zu den Genossenschaften hinweisen und auf die Behindertenbewegung, die man sonst kaum irgendwo anders lesen kann.

Was den Genossenschaftsartikel angeht, so wäre es aus meiner Sicht auch hilfreich gewesen, wenn ihr auf die Förderung der Genossenschaftsentwicklung in der EU hingewiesen hättet. Auch im Fachbereich 12 (Handel) im ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen gab es vor etlichen Jahren eine aktuelle Dokumentation hierüber. Ich kenne zwar nur die Roh-CD, aber ich gehe davon aus, dass sie auch in einer Endfassung vorliegt. Und im Einzelhandel gibt es in Deutschland Ansätze, zumindest auf dem flachen Land, die Genossenschaftsidee wieder zu aktivieren, nachdem sich die Großkonzerne aus der Fläche zurückgezogen haben.

Ganz toll finde ich auch, dass diese Zeitung als PDF-Datei später noch einmal herunter geladen werden kann.

An sich müsse der Artikel über die Assistenzgenossenschaft in Bremen stärker im wissenschaftlichen Bereich herumgereicht werden. Du warst Du früher in der Uni beschäftigt gewesen, vielleicht fällt Dir hierzu noch einiges ein. In jedem Fall sollte aus meiner Sicht die Bibliotheken in Bremen darauf angesprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Müller-Wrasmann
Hannover

## *Ruth Klüger - Antifaschistin und Feministin – war hier*

In das hiesige Haus der Wissenschaft, ehemals Haus Vorwärts, dessen Erhalt und Umwidmung wir unserem Kameraden und Vermieter Klaus Hübotter verdanken, hatte das Institut für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien der Universität Bremen, Ruth Klüger, zur Lesung aus ihren beiden autobiographischen Büchern „weiter leben“ und „unterwegs verloren“ eingeladen.
Trotz wenig Mobilisierung war der große Saal überfüllt: Zehn Minuten vor Beginn bekam ich den letzten Stuhl, etliche weitere wurden hereingetragen und viele Gäste standen am Rand oder saßen auf dem Fußboden.
Trotz ihrer 81 Jahre wirkte Frau Klüger körperlich wie geistig sehr agil. Entgegen der Ankündigung las sie drei Auszüge aus beiden Büchern, und jeweils danach konnten Fragen aus dem Publikum gestellt werden.
Ruth Klüger wurde in Wien geboren und wuchs dort in einer bürgerlichen, jüdischen Familie wohlbehütet bis zu ihrem 12. Lebensjahr auf. Nach der Okkupation Österreichs wurde die Familie nach Theresienstadt deportiert. Ihr Vater und ihr Bruder wurden ermordet, während ihre Mutter und sie selbst noch die Lager Auschwitz und Christianstadt erlitten. Da sie vom Todesmarsch fliehen konnten, überlebten sie beide. Darüber erzählt das erste Buch „weiter leben“, das vor ca. 20 Jahren erschien und für viel Aufsehen sorgte.
Der zweite Band „unterwegs verloren“ erschien 2010. 1947 ging sie in die USA, wo sie studierte, Professorin für Germanistik und Literaturwissenschaften wurde und sich auch als Schriftstellerin einen Namen machte. Da sie auch dort als Frau und Jüdin diskriminiert wurde, ist sie zu einer streitbaren Feministin und Antifaschistin geworden. Längere Zeiten arbeitete sie auch in Wien und Göttingen.
Was ich sowohl an den Büchern als auch in der Diskussion beonders schätze, ist diese besondere Mischung aus Emotion und messerscharfem Verstand. Eine außerordentliche Frau!

Ruth Klüger: „weiter leben“, München 94, dtv, 7,90 €
Dieselbe: „unterwegs verloren“, München 2010, dtv, 9,90 €

Hartmut Stinton

## *Zur Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung*

Von Jörg Wollenberg erreichte uns die Bitte, auf eine geplante Veranstaltungsreihe zur Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung aufmerksam zu machen. In Zusammenarbeit mit dem DGB, den Senioren der IG Metall und ver.di, sowie der VHS und Arbeit und Leben finden im Mai bereits zwei Veranstaltungen statt:

2. Mai 2013: Anpassung und Zerschlagung der ADGB-Gewerkschaften am „Feiertag der nationalen Arbeit“ . Der Zeitzeuge Albert Flachmann (ISK/Rote Kämpfer) erinnert sich.

7. Mai 2013: „Gemeinsam begann es 1945“. Der Bremer KGF und die antifaschistischen Ausschüsse in Deutschland nach 1945. Vortrag von Prof. Dr. Günter Benser, Berlin

Jeweils von 17.00 bis 19.00 Uhr im Tivolisaal des Gewerkschaftshauses

**Impressum:**
**Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.**

**Herausgeber und Kontakt:**
**Arbeitskreis DGB-SeniorInnen Bremen**
**c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky**
**DGB-Haus Bremen**
**Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen**

**RedaktionsmitarbeiterInnen:**
**Detlef Dahlke, IGM, Ursula Figge, IGM, Karla Vendt, ver.di, Traudel Kassel, ver.di, Hugo Köser, IGM, Inge Markowsky, ver.di, Günther Wesemann, ver.di, Brigitte Wilkening, ver.di, Hermann Wilkening, IGM**

**V.i.S.d.P.**
**Manfred Weule**
**Redaktionsadresse:**
**Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,**
**Tel.: 0421 / 960 89 14**
**e-mail: m.weule@aulbremen.de**
**e-mail: hugo.koeser@web.de**
**(Bitte Briefe an beide Adressen zuschicken)**

# Die Alten und die Jungen

„Unverständlich sind uns die Jungen“
Wird von den Alten beständig gesungen;
Meinerseits möcht ich´s damit halten:
„Unverständlich sind mir die Alten.“
Dieses am Ruder bleiben Wollen
In allen Stücken und allen Rollen,
Dieses sich unentbehrlich Vermeinen
Samt ihrer „Augen stillem Weinen“,
Als wäre der Welt ein Weh getan
Ach, ich kann es nicht verstahn.
Ob unsre Jungen, in ihrem Erdreisten,
Wirklich was Besseres schaffen und leisten,
Ob dem Parnasse sie näher gekommen
Oder bloß einen Maulwurfshügel erklommen,
Ob sie, mit anderen Neusittenverfechtern,
Die Menschheit bessern oder verschlechtern,
Ob sie Frieden sä´n oder Sturm entfachen,
Ob sie Himmel oder Hölle machen -
EINS läßt sie stehn auf siegreichem Grunde:
Sie haben den Tag, sie haben die Stunde;
Der Mohr* kann gehen, neu Spiel hebt an,
Sie beherrschen die Szene, sie sind dran.

*Theodor Fontane*

** früher häufig verwendete diskriminierende Bezeichnung für dunkelhäutige Afrikaner*